



Späte Erkenntnis zur wachsenden Lohnungleichheit

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 22. August 2017

„Es ist seit langem bekannt, dass die Lohnungleichheit zunimmt. Seit die Linke im Bundestag ist, weist sie anhand von Daten und Fakten auf diesen Umstand hin. Sigmar Gabriel und seine Nachfolgerin Zypries jedoch haben jahrelange abgewiegelt und beschönigt. Sowohl das Arbeits- als auch das Wirtschaftsministerium sind SPD-geführt. Angesichts dieser Tatsache ist das Beklagen des jetzigen Zustands, für den man selbst verantwortlich ist, pure Heuchelei. Nichtsdestotrotz muss die ungerechte Verteilung von Einkommen und auch von Vermögen politisch korrigiert werden“, meint Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf das interne Papier des Wirtschaftsministeriums zur wachsenden Lohnungleichheit. Ernst weiter:

„Notwendig ist eine Anhebung des Mindestlohns und eine Stärkung der gewerkschaftlichen Durchsetzungsmacht- etwa durch ein Verbot des Missbrauchs von Leiharbeit und von sachgrundlosen

Befristungen. Gleichzeitig müssen geringe und mittlere Einkommen steuerlich entlastet werden. Auf der anderen Seite brauchen wir eine Millionärsteuer, die Anhebung der Reichensteuer, die Abschaffung der Abgeltungsteuer und eine gezielte Erhöhung der Erbschaftsteuer nur für große Vermögen. Ohne solche Maßnahmen bleiben die Äußerungen aus dem Wirtschaftsministerium nichts als heiße Luft.“